

De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Dezember/2013

www.dkp-koeln.de

Große Koalition in Berlin und Köln

Am Mittwoch, den 27. November, traten CDU-Merkel und SPD-Gabriel stolz vor die Presse. Ihr Koalitionsvertrag steht.

Es heißt darin: „Mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und Einkommen, die nicht zum Leben reichen, mit der sich nur langsam schließenden Schere der Einkommensungleichheit sowie mit der großen Zahl von Familien und älteren Menschen, die nicht ohne Grundsicherung auskommen, finden wir uns nicht ab.“ Finden wir uns nicht ab?

Das klingt zynisch. Denn wir haben es mit der durchaus beabsichtigten Folge der Maßnahmen zu tun, die durch die SPD/Grüne-Koalition mit der Agenda 2010 im März 2003 begonnen, von der Großen Koalition in den Jahren 2005 bis 2009 und der CDU/FDP-Koalition bis 2013 fortgesetzt wurden.

Große Koalition in Köln

Mitte Oktober hat sich in Köln etwas vorschnell ein örtliches Pendant zur Großen Koalition gebildet. Es ist ein Personenbündnis von prominenten Bürgern und nennt sich biblisch „Suchet der Stadt Bestes“. Ihre Sorge ist, dass das Ziel der Konsolidierung des städtischen Haushalts verfehlt wird.

Sie sagen:

- „Die Sozialtransferleistungen drohen die Großstädte zu erdrosseln.“

- „Wir müssen uns auch in Köln die Frage stellen, welche Leistungen wir in Zukunft noch erbringen müssen und welche wir uns in Zukunft noch leisten können.“

- „Welche Standards und gesetzlichen Regelungen des Bundes und des Landes können hinterfragt und abgesenkt werden, ohne dass davon die Lebensqualität gravierend beeinträchtigt wird?“

- „Wir müssen alle unsere Ausgaben - auch im sozialen Bereich - hinterfragen.“

Aber: „Ausgaben für künftige Investitionen und/oder Leistungen müssen nachdrücklicher als bisher sicherstellen, dass ein nachhaltiger und langfristiger Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung erzielt wird.“

Unterschrieben haben solche Sätze 19

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Was will die „Alternative für Deutschland“?, S.3
- Stadtarchiv: Bilfinger & Berger sollen zahlen, S.4/5
- Die EU-Flüchtlingspolitik - ein gutes Geschäft für Schlepperbanden, S.6/7

in Köln prominente Personen, darunter der DGB-Vorsitzende und SPD-MdL Andreas Kossiski, Peter Krücker von der Caritas sowie eine Reihe von Pfarrern. Berüchtigt ist Paul Bouwens-Adenauer, CDU, Bauunternehmer, IHK-Präsident, der im Frühjahr 2008 am Verkauf des Dombrauereigeländes innerhalb von 8 Wochen 10,5 Millionen Euro zu Lasten des Landes NRW verdient hat. Bei ihm müsste es besser heißen: „Suchet der Stadt bestes...Grundstück“. Im August 2010 war er einer von 40 Unterzeichnern des Energiepolitischen Appells, einer Lobbyinitiative der vier großen Stromkonzerne, es ging um die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke.

Ein weiteres CDU-Mitglied ist Franz Corneth; Geschäftsführer der Rheinauhafen Verwaltungsgesellschaft. Im Rheinauhafen wohnt man sehr teuer in den sogenannten Kranhäusern. Seit 2007 ist Corneth aber auch Vorsitzender des Kölner Mietervereins.

Jochen Ott; der Vorsitzende der Kölner SPD und Aufsichtsratsvorsitzender der städtischen Wohnungsgesellschaft GAG, ist dabei sowie Arnd Schwendy; ehemals Kölner Sozialamtsdezernent. Von Schwendy stammt der Spruch: „Wir Sozialdemokraten in Köln brauchen wegen Hartz IV nicht in Sack und Asche zu gehen, denn wir haben gezeigt, wie das positiv umzusetzen ist.“

Diese Schatzsucher („Suchet der Stadt Bestes“) sollen offenbar das Bündnis „Umfairteilen statt Kaputtsparen“ bekämpfen. Denn dieses Bündnis hat mit vielen anderen einige Kürzungen abmildern können, die im städtischen Doppelhaushalt 2013/14 vorgesehen waren.

Gegen die Große Koalition!

Angesichts der riesigen Umverteilung von Unten nach Oben vor dem Hintergrund der Krise geht es nicht nur in Köln um eine auskömmliche Finanzierung der



Quelle: NRhZ-Online

Protest am 16. März auf dem Kölner Neumarkt

Städte und Gemeinden. Es müssen die großen Vermögen zur Kasse gebeten werden, eine Maßnahme, die von der Großen Koalition nicht zu erwarten ist.

Im Gegenteil, sie wird mit ihrer grundgesetzändernden Mehrheit die politischen Bedingungen ausbauen, unter denen Schuldenschnitte, die Banken belasten würden, verhindert werden. Stattdessen kommen weiterhin Banken und große Finanzinstitute unter die Rettungsschirme der öffentlichen Haushalte. Die Große Koalition wird die Schuldenbremsen umsetzen, die Löhne und Renten drücken, die Armut vergrößern und die Armen statt der Armut bekämpfen.

Wir sind gespannt, ob die Kölner Sozialdemokraten bei der Mitgliederbefragung zu ihrem Wort stehen und die Große Koalition ablehnen.

- Klaus Stein

Was will die Alternative für Deutschland?

*Eine neue politische Kraft legte 2013 einen Schnellstart hin.
Wofür die AfD steht weiß kaum einer.*

Die Große Koalition erscheint als Lösung eines Dilemmas. Denn die FDP ist bei der Wahl knapp unter 5% geblieben und nicht mehr im Bundestag vertreten. Wenn man das Ergebnis für die erst wenige Monate existierende Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu dem der Schwarz-Gelben dazu zählt, ergibt sich mit 51% sogar eine knappe Mehrheit der rechten Parteien.

Aber die Fünfprozentklausel gestattet ihnen nicht, diese Mehrheit auch im Parlament abzubilden. Die rechten Parteien haben zwar die Mehrheit der Stimmen gewinnen können, aber nicht die Mehrheit der Bundestagsitze.

Die politischen Koordinaten sind durch das Aufkommen der AfD deutlich nach rechts gerückt. Diese Partei ist ein Retortenkind der Metall- und Elektroindustrie und ihrer Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die dem großen Publikum seinerzeit durch die Kampagne „Du bist Deutschland“ von 2006 bekannt wurde. Die INSM konnte eine Reihe von Wirtschaftsprofessoren in die AfD entsenden.

Den Herrschaften waren schon immer die Löhne zu hoch. Die Bevölkerung im Lande ist ihnen zu wenig kriegsgeneigt und hat überhaupt zu viel zu sagen.

Deswegen sollen Arbeitslose das Stimmrecht verlieren. So schwadronieren einige der Herren der AfD.

Diese Partei will die südlichen europäischen Länder ökonomisch abhängen. Sowa wird in unseren Medien milde mit der Bezeichnung euroskeptisch charakterisiert, ähnlich wie die rechtspopulistischen bis faschistischen Parteien in den europäischen Nachbarländern.



AfD-Vorsitzender Bernd Lucke

Die Prognosen sehen gegenwärtig den Front National in Frankreich bei 24 %. Die SVP in der Schweiz kam schon 2009 auf 29%. Die österreichische FPÖ jetzt im September auf knapp über 20%. Der belgische Vlaamse Belang und Geert Wilders PVV in den Niederlanden liegen immer noch weit über der Marke, die parteiförmige Fremdenfeinde, Rassisten und offene Nazis in unserem Lande angesichts einer wachen Antifa-Bewegung bei Wahlen erreichen können.

Das könnte sich mit der AfD ändern.

Denn diese Partei strebt eine nationalistische und autoritäre Alternative zur bürgerlichen Demokratie an. Mit ihnen würden wir den Abbau von Restbeständen demokratischer und sozialer Rechte erleben. Womöglich hofft die SPD, derartige Entwicklungen aufhalten zu können. Mit der Großen Koalition aber wird sie ihnen weiteren Vorschub leisten.

- Klaus Stein

Stadtarchiv: Bilfinger & Berger sollen zahlen!

*Am 3. März 2009 ist das Stadtarchiv eingestürzt.
Zwei junge Männer starben. Das ist fast fünf Jahre her.*

Eine Woche nach dem Ereignis schickte die DKP Köln der örtlichen Presse eine Erklärung.

Wir zitieren daraus: „Von den Bauarbeitern, die durch ihre Umsicht kurz vor dem Einsturz des Stadtarchivs am vergangenen Dienstag viele Menschen vor dem Tod bewahrt haben, hört man gar nichts.

Das ist bemerkenswert. Die Gründe dafür sind aber leicht zu erraten. Von ihren Unternehmen werden sie offenbar zum Schweigen angehalten. Denn die sind daran interessiert, die rechtlichen Konsequenzen, vor allem aber ihre Regresspflichten niedrig zu halten.

Auch über die Unternehmen, die am Bau der U-Bahn beteiligt sind, werden auffällig wenig Worte gemacht. Es handelt sich beim Los Süd um eine Arbeitsgemeinschaft, die aus Bilfinger Berger, Weyss & Freytag sowie Züblin besteht.“

Wir vermuteten, dass diese Firmen es an

technischen Vorkehrungen und Sicherungsmaßnahmen hatten fehlen lassen und forderten, dass sie die verursachten Schäden voll ersetzen.

„Ihre Vorstände müssen für die sachlich nicht begründeten und profitorientierten Sparmaßnahmen an der Baustelle rechtlich zur Verantwortung gezogen werden.“

Aber was ist in den vergangenen viereinhalb Jahren geschehen?

Die Arbeiten an der Einsturzstelle haben bislang 30 Millionen Euro verschlungen. Die Staatsanwaltschaft verspricht Maßnahmen, die den Ablauf von Verjährungsfristen verhindern sollen.

Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer sagte der Kölnischen Rundschau: „Wir sind zuversichtlich, in wenigen Monaten konkrete Beschuldigte benennen zu können.“

Ermittelt wird derzeit immer noch gegen



Quelle: wikipedia

zerstörtes Stadtarchiv

Unbekannt wegen des Verdachts der Bauwerksgefährdung und fahrlässigen Tötung.

Bis zum 3. März 2014 müssen Verfahren gegen konkrete Beschuldigte eröffnet sein, um die Verjährungsfrist um weitere fünf Jahre zu verlängern. Beweise können nach Auskunft der KVB aber wohl erst ab Frühsommer 2014, also nach Ablauf der Frist, gesammelt werden (KR 11.9.13).

Die Baukonzerne und ihre Manager müssen endlich für den Schaden aufkommen und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Schon im Oktober 2012 hatte eine Kreismitgliederversammlung der DKP Köln diesbezüglich Saumseligkeit festgestellt und vermutet, dass die verantwortlichen Baukonzerne mit Bedacht geschont werden. Wir forderten, dass das Verfahren beschleunigt wird.

Was ist mit der Inbetriebnahme der U-Bahn-Teilstrecke?

Im Stadtrat wurde im Zuge der Haushalts-

beratungen im Frühjahr um 7 Millionen Euro gestritten. So teuer soll der jährliche Betrieb einer Teilstrecke der neuen U-Bahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen sein.

Die Grünen haben sich mit der CDU darauf geeinigt und eine Koalitionskrise mit der SPD riskiert. Die ist dagegen und wollte noch vier Jahre warten.

Nachdem schon eine Milliarde Euro in die Kassen der Baukonzerne geflossen sind, erscheint die Inbetriebnahme der U-Bahn offenbar nicht mehr so dringlich.

Für den Erhalt der Kunst- und Museumsbibliothek!

Der Neubau des Stadtarchivs ist ebenfalls in der Diskussion.

Er soll aber abgespeckt werden. Mit den Sparmaßnahmen ist die in NRW einzigartige Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) in Frage gestellt. Ihre Schließung wäre eine Barbarei!

- Klaus Stein



Die Demonstration im Rahmen der **Liebknecht-Luxemburg-Ehrung** zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde startet am **Sonntag, 12. Januar 2014 um 10.00 Uhr** vom U-Bahnhof Frankfurter Tor.

Am Tag zuvor finden wieder zahlreiche Veranstaltungen statt - so die **Rosa-Luxemburg-Konferenz** der „jungen Welt“ und natürlich die traditionelle **Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Veranstaltung** der DKP.

mehr dazu unter www.ll-demo.de

Die EU-Flüchtlingspolitik - ein gutes Geschäft für Schlepperbanden

Hin und wieder schafft es ein Flüchtlingsdrama vor den EU-Außengrenzen in die Schlagzeilen, wenn die Zahl der ertrunkenen Flüchtlinge hinreichend groß ist.

So wie am 3. Oktober vor Lampedusa, als 366 Menschen beim Versuch, Europa zu erreichen, ums Leben kamen.

Dann ist die Empörung groß, wird in Presse und Politik Anteilnahme und moralische Unterstützung geäußert. Die Reaktion seitens der verantwortlichen Politiker ist immer die gleiche.

Man müsse den Schlepperbanden, heißt es dann, das Handwerk legen. Dazu müsse man die Überwachung und Kontrolle den EU-Außengrenzen verstärken.

Schlepperbanden und Menschen-smuggler machen nicht die Bedingungen ihres Geschäfts

Die Geschäftsbedingungen der Schlepperbanden indes schafft die Flüchtlingspolitik der EU. Sie sorgt dafür, daß das Geschäft mit der Flucht so profitabel ist. Die Menschen fliehen vor Hunger, Elend und Krieg in ihren Ländern und nehmen dabei alle Risiken auf sich.

Die rigide, auf Abwehr der Flüchtlinge gerichtete EU-Politik durch die dafür zuständige hochgerüstete „Grenzschutzagentur“ Frontex macht die Flucht zu einem immer riskanteren Unternehmen, und damit profitabler für die sogenannten Schlepperbanden.

Opferzahlen an den EU-Außengrenzen

Die Zahl der im Mittelmeer Ertrinkenden steigt von Jahr zu Jahr. Allein 2011 fanden



Quelle: DKP Hamburg

Demonstration für das Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg

nach Schätzungen der UNO über 1500 Flüchtlinge im Mittelmeer den Tod.

Und das wird auch so hingenommen. Die hohen Opferzahlen (nach Schätzung von amnesty zwischen 1998 und 2007 ca. 14000 Tote) sollen abschrecken und die Menschen davon abhalten, die Flucht nach Europa zu wagen.

Flüchtlinge werden illegalisiert. Wer ihnen hilft, macht sich strafbar der Mithilfe zur illegalen Einreise.

Deutsches Asylrecht

Die Verschärfung des Asylrechts 1993 in Deutschland (im übrigen mit Zustimmung der SPD) mit der Einführung der sog. Drittstaatenregelung bildet die Grundlage der EU-Flüchtlingspolitik.

Die Menschen werden hin- und hergeschoben, in Lager gesteckt und schließlich abgeschoben.

Über die Ursachen der zunehmenden Flüchtlingszahlen und von steigender Armut und Hunger schweigt man sich aus.

Politisch kalkuliertes Flüchtlingsdrama

Zu nennen ist hier die Wirtschaftspolitik der EU, die die hochverschuldeten Länder Afrikas zwingt, ihre Grenzen für europäische Konzerne und für hochsubven-

tionierte europäische Agrarprodukte zu öffnen, mit verheerenden Auswirkungen auf deren Wirtschaft.

Zu nennen sind auch die vom Westen entfachten imperialistischen Weltordnungskriege, die Destabilisierung ökonomisch nicht willfähriger Länder und das Anheizen von Bürgerkriegen.

- DS

EU: Schätzungen zu irregulären Einreisen auf dem Seeweg

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Griechenland	9.050	19.900	15.300	10.165	1.765	1.030
Italien	22.000	19.900	36.000	9.573	4.348	61.000
Malta	1.800	1.800	2.700	1.470	28	1.574
Spanien	32.000	18.000	13.400	7.285	3.632	5.443
Gesamt	64.850	59.600	67.400	28.493	9.773	69.047

Quelle: UNHCR, www.unhcr.org/pages/4a1d406060.html

Nur Mut!
 UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
 Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de

*Jetzt
 4 Wochen
 kostenlos
 probelesen!*

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Ja, ich will:

mehr Infos über die DKP und ihr Programm
 Kontakt zu einer DKP- Gruppe in meiner Nähe

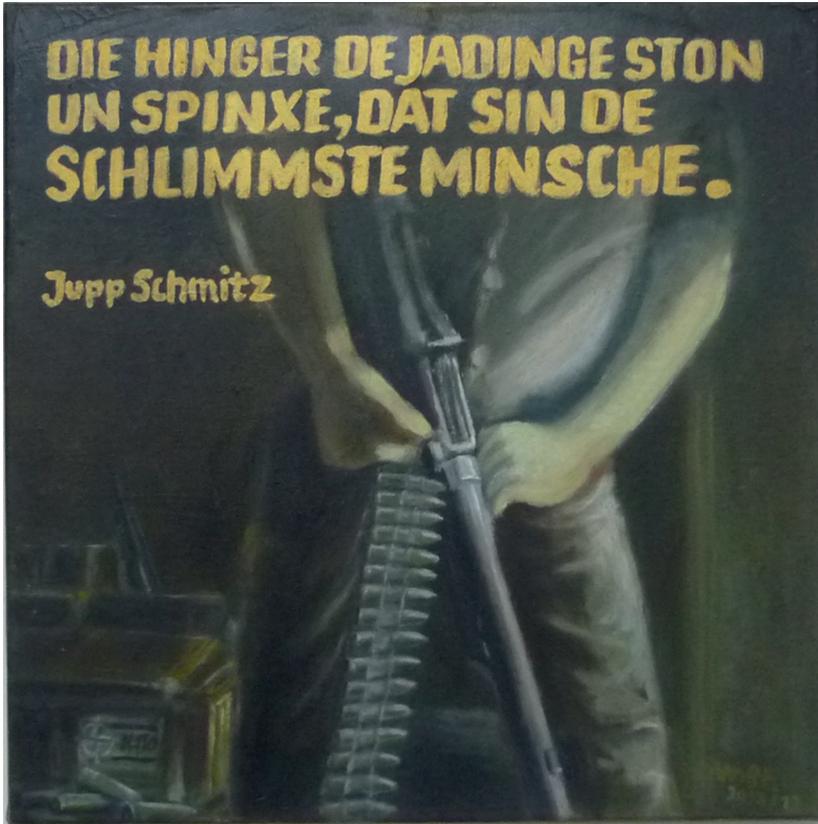
Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
 DKP-Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de



Syrien 2013 - von Walter Stehling

Unser nächster Gruppenabend:

**17.12.2013, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!



Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstraße 11, 50670 Köln